



Klimawandel und Menschen mit Behinderungen: Probleme, Herausforderungen, Perspektiven

Factsheet für Nichtregierungsorganisationen



Inhalt

Situationsbeschreibung	3
-------------------------------------	----------

Auswirkungen des Klimawandels auf verschiedene Lebensbereiche	4
Gesundheit	4
Binnenmigration	4
Ernährungssicherheit	5
Bildung	5
Zugang zu Wasser und sanitären Einrichtungen	6
Wohnsituation und Mobilität	6

Inklusion in der Katastrophenvorsorge, Katastrophenhilfe und Klimaanpassung	7
Katastrophenvorsorge	7
Katastrophenhilfe	7
Klimaanpassung	8

Ways Forward: Notwendige Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels und zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen	9
Handlungsmöglichkeiten für Nichtregierungsorganisationen	9

Literatur	10
------------------------	-----------

Situationsbeschreibung

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Er betrifft uns alle – doch er trifft nicht alle gleich. Besonders hart trifft er jene, die ohnehin schon benachteiligt werden: so auch Menschen mit Behinderungen in den Ländern des Globalen Südens. Extreme Wetterereignisse wie Hitzewellen, Überschwemmungen, Waldbrände und andere Katastrophen gehören zu den bedrohlichsten Folgen des Klimawandels und werden infolge der Klimakrise voraussichtlich häufiger und intensiver auftreten. Sie verursachen Zerstörungen, die das Leben und die Lebensgrundlagen auf der ganzen Welt in Mitleidenschaft ziehen.

Menschen mit Behinderungen sind dabei oft doppelt benachteiligt: Einerseits durch die genannten direkten Folgen des Klimawandels, andererseits durch den eingeschränkten Zugang zu lebensnotwendigen Ressourcen, Notfallhilfe und Klimaanpassungsmaßnahmen. Laut verschiedenen Berichten haben Menschen mit Behinderungen ein deutlich erhöhtes Risiko (ca. 20 – 30 %), bei Naturkatastrophen zu sterben, da Notfallpläne oft nicht inklusiv gestaltet sind (Human Rights Watch 2022). Hier zeigt sich, was oft vergessen wird: Der Klimawandel verschärft bestehende Ungleichheiten und diskriminiert diejenigen, die ohnehin schon marginalisiert sind.

Circa 80 Prozent der Menschen mit Behinderungen leben in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen und somit in stark klimagefährdeten Ländern, sei es durch steigende Meeresspiegel, Wüstenbildung oder extreme Wetterlagen. Sie sind unverhältnismäßig stark einem erhöhten Risiko durch die negativen Auswirkungen des Klimawandels ausgesetzt, da sie aufgrund struktureller Hindernisse – wie mangelnder Zugänglichkeit und Armut – Gefahr laufen, bei Notfällen, Naturkatastrophen, Binnenvertreibung oder Migration vergessen zu werden. Es fehlt an barrierefreien Evakuierungswegen, medizinischer Versorgung und an inklusiver Kommunikation – und das, obwohl gerade diese Maßnahmen über Leben und Tod entscheiden können. Auch deshalb äußern viele Menschen mit Behinderungen Angst vor künftigen klimabedingten Katastrophen (ebd.).

Um diese Ungleichheit zu bekämpfen, bedarf es gezielter und inklusiver Strategien. Dazu müssen Politik, internationale Organisationen, Wissenschaft und Menschen mit Behinderungen zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen bei der Bekämpfung der Auswirkungen des Klimawandels berücksichtigt und einbezogen werden. Ebenso wichtig ist es, Menschen mit Behinderungen aktiv in die Planung und Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen einzubeziehen. Nur so kann sichergestellt werden, dass ihre Stimmen gehört und ihre Bedarfe ernst genommen werden.

Für uns im Globalen Norden sollte dieses Thema aus mehreren Gründen von Interesse sein. Zum einen tragen die Staaten des Globalen Nordens durch ihre hohen CO²-Emissionen erheblich zum Klimawandel bei und damit auch zu dessen Folgen. Zum anderen zeigt sich gerade am Beispiel des Klimawandels, dass globale Herausforderungen nicht vor nationalen Grenzen halt machen. Die humanitären Krisen, die durch den Klimawandel im Globalen Süden ausgelöst werden, betreffen auch uns: sei es durch erhöhte Migrationsströme, die Belastung internationaler Hilfssysteme oder durch die globalen wirtschaftlichen Auswirkungen, die der Klimawandel mit sich bringt (U.S. Global Leadership Coalition 2021). Es ist auch eine Frage von Gerechtigkeit und Menschenrechten.

Im Sinne der Menschenrechte gilt es, die Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderungen im Globalen Süden nachhaltig zu verbessern. Das bedeutet in diesem Fall, sicherzustellen, dass Klimaanpassungsstrategien inklusiv und gerecht gestaltet werden. Der Klimawandel stellt uns vor die Herausforderung, über unsere eigenen nationalen Grenzen hinauszudenken und globalen Einsatz zu zeigen. Globale Herausforderungen erfordern globale Lösungen, damit wir nicht Gefahr laufen, Ungerechtigkeiten weiter zu vertiefen.

Auswirkungen des Klimawandels auf verschiedene Lebensbereiche

Der Klimawandel nimmt nachweislich Einfluss auf die Wahrnehmung einer Vielzahl von Menschenrechten. Plötzlich auftretende Naturkatastrophen und schleichende Wetterereignisse können den Zugang von Menschen mit Behinderung zu Nahrungsmitteln, sauberem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen, Gesundheitsdiensten und Arzneimitteln, allgemeiner und beruflicher Bildung, angemessenem Wohnraum und Zugang zu menschenwürdiger Arbeit erheblich beeinträchtigen. Im Folgenden soll eine Auswahl der Auswirkungen dargestellt werden.



Gesundheit

Der Klimawandel führt zu gesundheitlichen Risiken, besonders für Menschen mit Behinderungen:

1. **Zusätzliche gesundheitliche Komplikationen:** Menschen mit Behinderungen sind besonders gefährdet, da sie häufiger chronische Krankheiten und schlechteren Zugang zur Gesundheitsversorgung haben. Klimabedingte Ereignisse wie Hitzewellen und Naturkatastrophen verstärken gesundheitliche Probleme und können die mentale Gesundheit belasten.
2. **Verlust von Hilfsmitteln:** Naturkatastrophen können lebenswichtige Hilfsmittel (z.B. Rollstühle, Prothesen) zerstören. Ohne diese Hilfsmittel sind Menschen mit Behinderungen in ihrer Mobilität und Unabhängigkeit stark eingeschränkt.
3. **Unterbrochene Gesundheitsversorgung:** Der Zugang zu Gesundheitsversorgung ist für Menschen mit Behinderungen oft eingeschränkt und wird durch den Klimawandel weiter verschlechtert. Infrastruktur und Versorgungssysteme werden durch Katastrophen oft zerstört, was zu einer Verschlechterung der Gesundheitslage führt.

Inklusive Anpassungsmaßnahmen und barrierefreie Gesundheitssysteme sind nötig, um die Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit von Menschen mit Behinderungen zu mildern.



Binnenmigration

Klimabedingte Flucht betrifft besonders Menschen, die keine Möglichkeiten zur lokalen Anpassung sehen und auf bessere Überlebenschancen an anderen Orten hoffen. Für eine solche Flucht werden jedoch Ressourcen wie finanzielle Mittel, physische Gesundheit und unterstützende Netzwerke benötigt – Faktoren, über die viele Menschen mit Behinderungen nicht verfügen. Sie können sich häufig nicht eigenständig in Sicherheit bringen und stoßen auf erhebliche Barrieren: Evakuierungswege sind oft nicht barrierefrei, und Notunterkünfte bieten selten angemessene Unterstützungsleistungen wie persönliche Assistenz oder Zugang zu Hilfsmitteln.

Auch in den Aufnahmegebieten fehlt es häufig an inklusiven Strukturen. Menschen mit Behinderungen erleben dort Isolation, fehlende Zugangsmöglichkeiten zu Informationen, Gesundheitsversorgung oder Sozialleistungen sowie Diskriminierung durch fehlendes Bewusstsein der Behörden.

Konkrete Maßnahmen und Entscheidungsprozesse, in die Menschen mit Behinderungen eingebunden werden sollten, sind zum Beispiel:

- die Gestaltung von Evakuierungsplänen, die barrierefreie Transportmittel und sichere Anlaufstellen vorsehen,

- die Planung von Notunterkünften, die u.a. rollstuhlgerecht, sensorisch zugänglich und mit geschultem Personal ausgestattet sind,
- die Vergabe von Hilfsleistungen und Unterbringungsmöglichkeiten durch lokale Behörden, bei denen Betroffene aktiv eingebunden und ihre Bedarfe berücksichtigt werden,
- sowie Frühwarn- und Informationssysteme, die auch für Menschen mit Seh-, Hör- oder kognitiven Beeinträchtigungen zugänglich sind (z. B. über Lautsprecheransagen, SMS in Leichter Sprache oder visuelle Signale).



Ernährungssicherheit

Der Klimawandel beeinträchtigt die landwirtschaftliche Produktion – etwa durch Dürren, Überschwemmungen oder den Verlust fruchtbarer Böden – und führt dadurch zu Nahrungsmittelknappheit, Preissteigerungen und einer verschlechterten Versorgungslage. Besonders betroffen sind arme Bevölkerungsgruppen, darunter viele Menschen mit Behinderungen, die aufgrund struktureller Benachteiligungen wie geringerer Bildung, eingeschränkter Erwerbsmöglichkeiten und fehlender sozialer Absicherung überproportional häufig in Armut leben.

Die Auswirkungen zeigen sich auf mehreren Ebenen:

- Menschen mit Behinderungen haben häufig erschwerten Zugang zu Märkten, Verkaufsstellen oder Verteilungspunkten für Nahrungsmittel, da diese nicht barrierefrei erreichbar sind.
- Hilfsprogramme zur Ernährungssicherung (z. B. Lebensmittelausgaben, Cash-for-Food) berücksichtigen ihre besonderen Bedarfe oft nicht – z. B. in Bezug auf mobilitätsbedingte Einschränkungen oder spezielle diätetische Anforderungen.
- Bei klimabedingten Versorgungsengpässen sind Menschen mit Behinderungen oft die Letzten, die Zugang zu ausreichender und gesunder Nahrung erhalten, was zu einer erhöhten Gefahr von Mangelernährung und gesundheitlicher Verschlechterung führt – insbesondere bei Kindern, älteren Menschen oder Personen mit chronischen Erkrankungen.



Bildung

Naturkatastrophen und klimabedingte Krisen zerstören Schulen und schränken den Zugang zu Bildung ein, besonders für Kinder mit Behinderungen. Sie verlieren dadurch nicht nur Unterrichtstage, sondern auch ein sicheres und unterstützendes Umfeld. Nach der Wiedereröffnung sind Schulen oft noch weniger barrierefrei als vorher schon, was den Zugang zusätzlich erschwert und langfristig negative Auswirkungen auf Bildungschancen sowie soziale und berufliche Perspektiven hat. Zudem führen wirtschaftliche Folgen des Klimawandels dazu, dass Kinder – besonders Kinder mit Behinderungen – oft als Erste die Schule abbrechen müssen, um zum Lebensunterhalt beizutragen. Hilfsmaßnahmen und Notfallprogramme im Bildungsbereich sind selten inklusiv konzipiert: Mobile Schulen, psychosoziale Unterstützungsangebote oder die Verteilung von Schulmaterialien erreichen Kinder mit Behinderungen oft nicht, weil sie z. B. in nicht barrierefreien Unterkünften leben oder ihre spezifischen Lernbedarfe ignoriert werden. Dadurch verstärken sich Bildungsungleichheiten weiter, was langfristig die sozialen und beruflichen Teilhabechancen massiv einschränkt.



Zugang zu Wasser und sanitären Einrichtungen

Der Klimawandel verschärft den Druck auf Wasserressourcen weltweit. Häufigere und intensivere Dürren, sinkende Grundwasserspiegel, aber auch Überschwemmungen, Erdbeben und der Anstieg des Meeresspiegels beeinträchtigen die Qualität und Verfügbarkeit von sauberem Trinkwasser erheblich. In vielen Regionen führt dies zu Wasserknappheit, unsicherer Trinkwasserversorgung und erhöhtem Risiko wasserbedingter Krankheiten.

Menschen mit Behinderungen sind hiervon besonders betroffen, da sie durch soziale, infrastrukturelle und ökonomische Barrieren oft keinen gleichberechtigten Zugang zu Wasserstellen, Brunnen oder Verteilungssystemen haben. Viele Wasserentnahmestellen sind nicht barrierefrei erreichbar, und die mit dem Wasserholen verbundenen physischen Anforderungen oder langen Wege stellen für viele ein unüberwindbares Hindernis dar. Bei Katastrophen oder in Notunterkünften sind sanitäre Anlagen häufig nicht rollstuhlgerecht, zu eng oder nicht ausreichend beleuchtet.

Auch die Hygieneversorgung – etwa Zugang zu Duschen, Handwaschstationen oder Menstruationshygiene – ist oft unzureichend. Dies kann zu gesundheitlichen Risiken, sozialer Ausgrenzung und einem Verlust an Selbstbestimmung führen.



Wohnsituation und Mobilität

Menschen mit Behinderungen im Globalen Süden leben häufig in unsicheren Unterkünften, die extremen Wetterbedingungen wie Überschwemmungen, Stürmen oder Hitzewellen nicht standhalten. Das erhöht ihr Risiko, bei Naturkatastrophen ihr Zuhause zu verlieren und obdachlos zu werden. Im Katastrophenfall stehen sie zudem vor zahlreichen zusätzlichen Barrieren: Notunterkünfte sind oft nicht barrierefrei, Evakuierungspläne berücksichtigen ihre spezifischen Bedarfe nicht, und beschädigte Infrastrukturen wie Straßen, Brücken oder öffentliche Verkehrsmittel erschweren ihre Mobilität erheblich. Auch der Mangel an barrierefreien Transportmitteln, persönlicher Assistenz oder zugänglicher Krisenkommunikation kann dazu führen, dass Menschen mit Behinderungen in gefährdeten Gebieten zurückbleiben.

In der Folge werden sie von zentralen Unterstützungsmaßnahmen ausgeschlossen – sei es durch den physischen Ausschluss aus Schutzräumen oder durch das Fehlen von Mobilitätsoptionen. Dadurch verlieren sie nicht nur ihre Unterkunft, sondern auch den Zugang zu lebenswichtigen Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, Bildung und Arbeit, die häufig in Evakuierungszentren oder urbanen Notfallstrukturen konzentriert sind. Diese strukturellen Hindernisse verschärfen bestehende soziale Ungleichheiten und behindern ihre Teilhabe während und nach Katastrophen erheblich.

Inklusion in der Katastrophenvorsorge, Katastrophenhilfe und Klimaanpassung



Katastrophenvorsorge

Während global anerkannte Rahmenwerke wie das Sendai Rahmenwerk für Katastrophenvorsorge (2015-2030) explizit die Notwendigkeit der Inklusion betonen, zeigt die Praxis, dass Menschen mit Behinderungen oft weiterhin benachteiligt werden. Eine barrierefreie und inklusiv gestaltete Katastrophenvorsorge, die die spezifischen Bedarfe dieser besonders marginalisierten Gruppe berücksichtigt, ist jedoch entscheidend, um ihre Sicherheit und ihr Überleben in Katastrophensituationen zu gewährleisten.

Inklusive Katastrophenvorsorge: Herausforderungen und Lösungsansätze

In vielen Ländern des Globalen Südens sind Notfall- und Katastrophenvorsorgepläne bislang nicht ausreichend auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen abgestimmt. Es fehlen barrierefreie Evakuierungswege, zugängliche Notunterkünfte sowie verständliche und inklusive Informationsmaterialien, etwa in Gebärdensprache oder Brailleschrift. Frühwarnsysteme sind häufig nicht für Menschen mit Seh- oder Hörbehinderungen zugänglich, und Evakuierungsübungen schließen diese Bevölkerungsgruppe oft aus. Darüber hinaus gibt es kaum verlässliche Daten zu den spezifischen Bedarfen von Menschen mit Behinderungen in gefährdeten Gebieten – ein Umstand, der die Entwicklung gezielter Maßnahmen zusätzlich erschwert. Auch der politische Wille und die finanziellen Ressourcen für inklusive Katastrophenvorsorge sind vielerorts unzureichend, was das Risiko für Menschen mit Behinderungen in Katastrophensituationen deutlich erhöht.

Um dem entgegenzuwirken, müssen Menschen mit Behinderungen systematisch und aktiv in die Planung von Katastrophenschutzmaßnahmen einbezogen werden – idealerweise durch die Beteiligung von Selbstvertretungsorganisationen. Es bedarf barrierefreier Flucht- und Rettungswege, inklusiver Notunterkünfte und zugänglicher Kommunikationsmittel, damit Frühwarnsysteme wirklich alle Menschen erreichen. Einsatzkräfte sollten im Umgang mit Menschen mit Behinderungen geschult sein, um im Notfall adäquat handeln zu können. Wichtig ist zudem, dass inklusive Katastrophenvorsorgemaßnahmen frühzeitig im Rahmen von Entwicklungsprojekten mitgedacht und umgesetzt werden – denn nur so kann sichergestellt werden, dass im Ernstfall niemand zurückgelassen wird.



Katastrophenhilfe

Die internationale Katastrophenhilfe ist ein wesentlicher Bestandteil der globalen Reaktion auf humanitäre Krisen. Dabei wird immer offensichtlicher, dass Katastrophenhilfe inklusiv gestaltet werden muss, um die Bedarfe aller Betroffenen zu berücksichtigen – insbesondere die von Menschen mit Behinderungen. Doch trotz dieser Fortschritte bleibt die Praxis oft hinter den Anforderungen zurück.

Inklusive Katastrophenhilfe: Herausforderungen und Lösungsansätze

Trotz wachsendem Bewusstsein für die Bedeutung inklusiver humanitärer Hilfe bleibt die internationale Katastrophenhilfe in der Praxis oft hinter ihren Ansprüchen zurück. Die spezifischen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen werden nach wie vor unzureichend berücksichtigt. So sind Notunterkünfte häufig nicht barrierefrei, medizinische und Nahrungsmittelhilfen orientieren sich selten an besonderen Bedarfen, etwa bei Mobilitätseinschränkungen oder diätetischen Anforderungen. Auch Kommunikationsformate – etwa Warnhin-

weise oder Informationsmaterialien – sind oft nicht zugänglich, beispielsweise für Menschen mit Seh-, Hör- oder kognitiven Beeinträchtigungen.

Ein weiteres strukturelles Problem ist das Fehlen verlässlicher Daten über die Anzahl und Bedarfe von Menschen mit Behinderungen in betroffenen Gebieten. Diese Unsichtbarkeit führt dazu, dass sie in Planung und Durchführung von Hilfsmaßnahmen kaum einbezogen werden – mit der Folge, dass bestehende Barrieren weiter bestehen und sich Ungleichheiten im Zugang zu lebenswichtigen Hilfsgütern verstärken.

Um dem entgegenzuwirken, müssen die Bedarfe von Menschen mit Behinderungen systematisch in alle Phasen der Katastrophenhilfe integriert werden – von der Bedarfsanalyse über die Planung bis zur Umsetzung. Zentrale Maßnahmen sind die enge Zusammenarbeit mit Selbstvertretungsorganisationen, die Verbesserung der Barrierefreiheit von Unterkünften, Gesundheitseinrichtungen und Verteilungspunkten sowie die Entwicklung inklusiver Kommunikationsstrategien. Frühwarnsysteme sollten barrierefrei gestaltet sein, und Notfallübungen müssen auch die Perspektive von Menschen mit Behinderungen einbeziehen. Darüber hinaus ist eine gezielte Schulung von Hilfskräften im Umgang mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen notwendig, um diskriminierende Strukturen abzubauen. Nicht zuletzt bedarf es ausreichender finanzieller Mittel, um inklusive Standards in der Katastrophenhilfe langfristig zu verankern.



Klimaanpassung

Klimaanpassungsmaßnahmen sind wichtig, um die Resilienz gegenüber klimabedingten Risiken zu stärken, doch Menschen mit Behinderungen werden oft nicht ausreichend berücksichtigt. Um sicherzustellen, dass niemand zurückgelassen wird, müssen Klimaanpassungsstrategien inklusiv gestaltet sein und die spezifischen Bedürfnisse dieser Bevölkerungsgruppe berücksichtigen.

Inklusive Klimaanpassung: Status quo und Perspektiven

Internationale Klimaanpassungsmaßnahmen berücksichtigen bislang nur unzureichend die Lebensrealitäten von Menschen mit Behinderungen. In vielen Ländern des Globalen Südens werden ihre spezifischen Bedarfe bei der Entwicklung und Umsetzung von Anpassungsstrategien – etwa im Bereich widerstandsfähiger Landwirtschaft, wasserbezogener Infrastruktur oder Evakuierungsrouten – weitgehend übersehen. Die mangelnde Beteiligung dieser Bevölkerungsgruppe an Entscheidungsprozessen führt dazu, dass ihre Perspektiven kaum Eingang in politische Maßnahmen finden und bestehende soziale Ungleichheiten weiter zementiert werden. Hinzu kommt ein Mangel an differenzierten Daten über die Auswirkungen des Klimawandels auf Menschen mit Behinderungen, was die Entwicklung gezielter Strategien zusätzlich erschwert.

Um Klimaanpassung inklusiver zu gestalten, müssen Menschen mit Behinderungen systematisch und frühzeitig in Planung, Umsetzung und Monitoring eingebunden werden – idealerweise in Zusammenarbeit mit Selbstvertretungsorganisationen. Barrierefreiheit muss bei der Gestaltung physischer Infrastruktur wie Schutzräumen und Evakuierungswegen ebenso berücksichtigt werden wie bei der Nutzung neuer Technologien in Landwirtschaft und Wasserwirtschaft. Schulungen lokaler Gemeinschaften können helfen, das Bewusstsein für inklusive Maßnahmen zu schärfen und Kapazitäten vor Ort zu stärken. Darüber hinaus ist der Ausbau der Datengrundlage entscheidend, um die Auswirkungen des Klimawandels auf Menschen mit Behinderungen besser zu verstehen und gezielt darauf reagieren zu können.

Ways Forward: Notwendige Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels und zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen

Handlungsmöglichkeiten für Nichtregierungsorganisationen

Nichtregierungsorganisationen (NROs) spielen eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der Herausforderungen, die der Klimawandel für Menschen mit Behinderungen mit sich bringt. Sie agieren an der Schnittstelle zwischen Forschung, Politik und betroffenen Gemeinschaften und können konkrete Maßnahmen zur inklusiven Klimaanpassung umsetzen.

Ein zentraler Beitrag von NROs liegt in der direkten Unterstützung betroffener Gemeinschaften. Sie können sicherstellen, dass Katastrophenhilfe und Klimaanpassungsmaßnahmen den spezifischen Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen gerecht werden. Durch Sensibilisierung und Schulungen für lokale Behörden und Katastrophenschutzorganisationen können NROs dazu beitragen, bestehende Strukturen inklusiver zu gestalten.

Zudem haben NGOs eine wichtige Advocacy-Funktion. Sie können sich bei Regierungen und internationalen Organisationen dafür einsetzen, Menschen mit Behinderungen stärker in Klimaschutz- und Anpassungsstrategien einzubeziehen. Dies geschieht unter anderem durch Kampagnen, politische Stellungnahmen und die Teilnahme an Klimakonferenzen auf unterschiedlichen Ebenen.

Internationale Kooperationen zwischen NROs aus dem Globalen Norden und Süden sind essenziell, um Wissen auszutauschen, gemeinsame Projekte umzusetzen und voneinander zu lernen. Während Organisationen aus dem Globalen Norden oft über finanzielle Ressourcen verfügen, bringen NGOs und Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderungen im Globalen Süden wertvolle lokale Expertise und kontextbezogene Lösungsansätze ein. Gemeinsame Programme und Netzwerke können dazu beitragen, inklusive Klimaanpassungsstrategien auf globaler Ebene voranzutreiben. Dabei sollte insbesondere auch die Zusammenarbeit mit Organisationen von Menschen mit Behinderung (OPDs) eine wichtige Rolle spielen.

Schließlich können NGOs durch Bildungs- und Aufklärungsarbeit das Bewusstsein für die besonderen Herausforderungen von Menschen mit Behinderungen im Klimawandel stärken. Sie können Workshops, Schulungen und Informationsmaterialien entwickeln, um politische Entscheidungsträger*innen, Medien und die Gesellschaft insgesamt für das Thema zu sensibilisieren. Nur durch eine breite Mobilisierung können langfristige strukturelle Veränderungen angestoßen und eine gerechtere Klimapolitik gestaltet werden.

Literatur

Ćerimović, E. (2023). Extreme heat signals need for inclusive climate action. Human Rights Watch.
<https://www.hrw.org/news/2023/06/30/extreme-heat-signals-need-inclusive-climate-action>

Gaskin, C. J., Taylor, D., Kinnear, S., Mann, J., Hillman, W., & Moran, M. (2017). Factors associated with the climate change vulnerability and the adaptive capacity of persons with disability: A systematic review. *Weather, Climate, and Society*, 9(4), 801–814.
<https://doi.org/10.1175/WCAS-D-16-0126.1>

Human Rights Watch. (2022). Leave no one behind.
<https://www.hrw.org/news/2022/11/07/leave-no-one-behind>

International Disability Alliance (n.d.). Disability-inclusive disaster risk reduction.
<https://www.internationaldisabilityalliance.org/sendai>

Jodoin, A., Lofts, K. A., & Ananthamoorthy, N. (2020). A disability rights approach to climate governance. *Ecology Law Quarterly*, https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3610193

Jodoin, S., Lofts, K., Bowie-Edwards, A., Leblanc, L., & Rourke, C. (2022). Disability rights in national climate policies: Status report. Centre for Human Rights & Legal Pluralism & International Disability Alliance.
https://www.internationaldisabilityalliance.org/sites/default/files/drcc_status_report_english_nov_2022_formatted.pdf

Kwan, S. C., & Hashim, J. H. (2016). A review on co-benefits of mass public transportation in climate change mitigation. *Sustainable Cities and Society*, 22, 11–18. <https://doi.org/10.1016/j.scs.2016.02.004>

M'Vousa, J., Hossain, M., Sutter, S., & Ghimire, M. (2023). Persons with disabilities and climate change in Nepal: Humanitarian impacts and pathways for inclusive climate action. *Humanity & Inclusion*.
<https://reliefweb.int/report/nepal/persons-disabilities-and-climate-change-nepal-humanitarian-impacts-and-pathways-inclusive-climate-action>

Office of the High Commissioner for Human Rights. (2023). The impact of climate change on the rights of persons with disabilities.
<https://www.ohchr.org/en/climate-change/impact-climate-change-rights-persons-disabilities>

United Nations Department of Economic and Social Affairs. (2018). Disability and development report: Realizing the sustainable development goals by, for and with persons with disabilities. United Nations.
<https://www.un.org/en/desa/un-disability-and-development-report-%E2%80%93-realizing-sdgs-and-persons-disabilities>

United Nations Human Rights Council. (2019). Human rights and climate change.
<https://docs.un.org/en/A/HRC/RES/41/21>

United States Agency for International Development. (2019). Inclusive climate action: An emerging perspective.
https://pdf.usaid.gov/pdf_docs/PA00VPHQ.pdf

U.S. Global Leadership Coalition. (2021, March). Fact sheet: Climate change.
<https://www.usglc.org/media/2021/03/USGLC-Fact-Sheet-Climate-Change.pdf>

World Health Organization. (2022). Global report on health equity for persons with disabilities.
<https://www.who.int/teams/noncommunicable-diseases/sensory-functions-disability-and-rehabilitation/global-report-on-health-equity-for-persons-with-disabilities>

Robert Koch-Institut. (2023). Gerechtigkeit als Basis für die Bewältigung der Klimakrise und ihrer Gesundheitsfolgen: Sachstandsbericht 2023.
https://edoc.rki.de/bitstream/handle/176904/11394/JHealthMonit_2023_S6_Gerechtigkeit_Sachstandsbericht_Klimawandel_Gesundheit.pdf

VENRO. (2017). Migration und Flucht: Eine entwicklungspolitische Perspektive.
https://venro.org/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Positionspapiere/Positionspapier2017_MuF_finalWeb02.pdf

Impressum

Herausgeber:

Behinderung und
Entwicklungszusammenarbeit e.V.
(bezev)
Moltkeplatz 1
45138 Essen
Tel.: 0201/17 88 963
info@bezev.de
www.bezev.de

Autorin: Judith Langensiepen

Gestaltung: Christian Bauer, studiofuergestaltung.net

Druck: Vereinte Druckwerke, Neuss-Nord

Auflage: 500

Essen, Dezember 2024

Für den Inhalt der Publikation ist allein *bezev* verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.



Gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche
Entwicklung und Zusammenarbeit.

Gefördert durch:

**Brot
für die Welt** mit Mitteln des
Kirchlichen
Entwicklungsdienstes

**ENGAGEMENT
GLOBAL**
Service für Entwicklungsinitiativen



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung